

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Kurze 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Zeitungsstr. 140, sowie durch alle Einzelhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0.40 Rmt. monatlich 1.35 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 1.70 Rmt. Durch die Post einlagt Beilagengebühren 2.08 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für 14 Tage 10 Pf. (Anzeigen aus Schlesien 7 Pf. 10 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Auswärts 12 Pf. Anzeigen außer Text 7 Pf. 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Verordnungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das zweite Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis zum 11. Juni (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/8 oder in den Einzelhändlern abgegeben werden.

# Politischer Mord in Sowjetrußland.

Der Polizeichef von Minsk erschossen.  
Bombenwürfe in eine kommunistische Versammlung.

## Ein neues politisches Attentat.

Ist nach Meldungen aus Moskau in Rußland begangen worden. Der Chef der politischen Polizei des Bezirks Minsk, Opaniski, und sein Chauffeur wurden erschossen, zwei weitere Sowjetbeamte schwer verwundet. Das Attentat wurde ausgeführt, als der Polizeichef auf einem Motorrad einen polnischen Offizier, der unter Spionageverdacht festgenommen worden war, nach Minsk bringen wollte. Der verhaftete Pole scheint bei dem Attentat entkommen zu sein. In Moskau wird vermutet, daß es sich um einen Anschlag von Weißgardisten handelt, die dem Polen zu Hilfe gekommen sind.

Gleichzeitig wurde in Moskau ein Bombenattentat bekannt, das 20 Stunden vorher auf einen kommunistischen Diskussionsklub in Peningrad verübt worden ist. Nach amtlicher Darstellung drangen zwei unbekannte Männer in die Versammlung und warfen zwei Bomben unter die Teilnehmer. 26 Personen wurden durch Bombensplitter verletzt oder erlitten durch die aufsteigenden Gasdämpfe Vergiftungen. Die Attentäter selbst scheinen in der Verwirrung entkommen zu sein. Ueber die Täter gehen die verschiedensten Gerüchte um: die einen betrachten den Anschlag als die Tat von Anhängern der Opposition, die anderen vermuten das Werk einer Spionageorganisation.

## Die Ursache des Mordes an Woskow.

Feindschaft gegen das Sowjetssystem.

Warschau, 9. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Bei der weiteren Untersuchung hat der Mörder des russischen Gesandten Woskow erklärt, die Tat allein begangen zu haben. Als Grund gibt er seine Feindschaft gegen das Sowjetssystem an. Die polnische Regierung hat angeordnet, daß die Verhandlung gegen den Mörder vor den ordentlichen Gerichten stattfinden, so daß die Angehörigen des Ermordeten als Nebenkläger zugelassen sind.

Der polnische Außenminister Jalecki ist am Mittwoch von Warschau abgereist, um sich über Paris nach Genf zu begeben. In Paris wird er zunächst eine Besprechung mit Briand haben.

Warschau, 9. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Die polnische Regierung hat die Forderung des russischen Geschäftsträgers, einen Vertreter der Sowjet-Regierung an der Untersuchung des Gesandtenmordes teilnehmen zu lassen, abgelehnt. Die politische Spannung hat dadurch eine weitere Verschärfung erfahren.

Warschau, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf Veranlassung der polnischen Regierung haben die Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Ermordung des russischen Vertreters in Warschau eine ganze Reihe von russischen Emigranten verhaftet und in ihren Wohnungen Hausdurchsuchungen vornehmen lassen. Es handelt sich insbesondere um prominente Persönlichkeiten aus den russischen Monarchistenkreisen. Ein Nachweis dafür, daß sie mit dem Attentat irgendwie in Verbindung stehen, ist bisher nicht erbracht.

Paris, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Presse ist einmütig in der Verurteilung der Ermordung des russischen Gesandten in Polen und es dürfte der hier vorherrschenden allgemeinen Stimmung entsprechen, wenn der „Temps“ am Mittwoch schreibt: „Die schreckliche Tat, für die es keinerlei Rechtfertigung gibt, wird sich notwendigerweise gegen die Sache richten müssen, der der Mord habe dienen wollen.“

Die Note Litwinows wird im allgemeinen als absurd bezeichnet. Man sieht in dem darin unternommenen Versuch, das Warschauer Attentat als Ausfluß eines internationalen gegen die Sowjetdiplomatie gerichteten Komplotts hinzustellen, ein reines innenpolitisches Manöver, das bestimmt, die Massen gegen das Ausland aufzupeitschen und so die schweren Mißerfolge vergessen zu machen, die die Sowjetdiplomatie in den letzten Monaten erlitten hat.

## Der albanisch-jugoslawische Konflikt.

Eine aufsehenerregende Mitteilung Leon Blums.

Paris, 9. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Der Sozialistenführer Leon Blum veröffentlicht im „Populaire“ die Mitteilung, daß er aus unbedingt zuverlässiger Quelle den Beweis erhalten habe, daß die albanische Mitteilung an den Völkerbund über den Konflikt mit Jugoslawien eine italienischen Gesandten in Tirana vorgelesen worden sei. Diese Mitteilung sei der Beweis dafür, daß auch diesmal wiederum das faschistische Italien die treibende Kraft im Konflikt sei.

## Ein Antikriegsvertrag Frankreich-Amerika?

London, 9. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Nach Meldungen aus New York hat der französische Außenminister Briand durch den amerikanischen Botschafter in Paris bei der Regierung in Washington anfragen lassen, ob die Vereinigten Staaten bereit wären, mit Frankreich einen Antikriegsvertrag abzuschließen. Der Zeitpunkt für einen Vertragsabschluss zwischen den beiden Mächten sei mit Rücksicht auf die zunehmenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die durch den Lindbergh-Flug erzeugte Stimmung in den beiden Völkern gegenwärtig außerordentlich günstig.

## Oesterreichs Beitritt zum Völkerbund

Wien, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Nationalrat wurde am Mittwoch das Gesetz über den Beitritt Oesterreichs zum Völkerbund angenommen. Dabei gab im Namen der Sozialdemokraten Genosse Paul Richter eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt, die große Idee des Völkerbundes sei schon dadurch verfallt worden, daß die herrschenden Mächte den Völkerbund zu einem Werkzeug der Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaft erniedrigt haben: „Dem Völkerbund gehören noch immer zwei Größtstaaten nicht an und der Völkerbund mag es nicht, immer mehr politischen Fragen aus. Der Völkerbund mag es nicht, zum Freiheitskampf des chinesischen Volks Stellung zu nehmen, er mag es nicht, in den großen Konflikten, die sich gerade jetzt zwischen Großbritannien und der Sowjet-Union aufgetan haben, schlichtend eingreifen, er mag es nicht, das Selbstbestimmungsrecht des ägyptischen Volkes gegen terroristische Exzesse, die gerade jetzt wieder geübt wird, zu verteidigen. Er wird es wahrscheinlich auch nicht wagen, den gefährlichen Konflikt zwischen Jugoslawien und Albanien vor sein Forum zu ziehen. Der Völkerbund mag es nicht, die dem Frieden gefährliche Mißhandlung nationaler Minderheiten, so vor allem der Deutschen Südtirols, vor seinen Gerichtstisch zu bringen. Der Völkerbund ist heute offenbar nichts anderes, als ein mächtiges Werkzeug der kapitalistischen Staaten Europas.“

Auch auf anderen Gebieten hat der Völkerbund vollständig versagt: die Abrüstungsaktion ist völlig gescheitert; der Völkerbund ist völlig unfähig, den skandalösen Zustand zu beseitigen, daß die Siegerstaaten heute in Waffen starren, während die besiegten Völker jedem Angriff durch den waffenstarken Nachbarn vollständig ausgeliefert und ungeschützt preisgegeben sind. Auch die Entsendung des Kommissars Zimmermann nach Oesterreich zeigt, daß der Völkerbund nichts ist, als ein Werkzeug kapitalistischer und reaktionärer Tendenzen. Trotzdem werden die Sozialdemokraten für den Beitritt Oesterreichs zum Völkerbund stimmen, weil sie genau wissen, daß der Völkerbund nur eine Politik machen kann, die sich aus der Politik der einzelnen Staaten ergibt. In dem gleichen Maße, als der Einfluß der demokratischen und sozialdemokratischen Kräfte innerhalb der einzelnen Staaten wächst, wird sich auch die Politik des Völkerbundes ändern.“

Am Schluß der Erklärung heißt es: „Wir wünschen, daß der Völkerbund eine wirkliche Veralgemeinerung aller Völker darstellt und ein wirkliches Werkzeug für die Interessen der arbeitenden Menschen der ganzen Welt werde, deshalb werden wir für den Beitritt zum Völkerbund stimmen. Wir hoffen, daß schließlich aus dem Völkerbund doch noch ein brauchbares Werkzeug für die nach Frieden und Verständigung dürftenden Völker wird.“

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

werden am Donnerstag im französischen Handelsministerium wieder aufgenommen. Es wird jedoch noch nicht zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages kommen, sondern nur die Verlängerung des Protokolls ins Auge gefaßt werden, da die französische Kammer mit der Zollreform noch nicht fertig ist.

## Edgahollins Programm.

Paris, 8. Juni. Der Information wird aus Kening berichtet, die Konferenz der verschiedenen militärischen Führer werde einen baldigen Waffenstillstand und eine durch ein provisorisches Komitee geregelte politische Lage herbeiführen. Edgahollins wünscht eine Nationalversammlung einzuberufen. Er erinnert daran, daß er sich niemals den Grundrissen Sunjassens widersetzt habe. Er sei entschlossen, den Kampf gegen den Bolschewismus zusammen mit allen denen zu führen, die sein Programm annehmen.

## Griechenland in Gärung.

Von Hermann Wendel.

Griechenland ist immer in Gärung. Zwar lebte es eine kurze Weile in der frohen Hoffnung auf eine ruhige Entwicklung, als nach den Novemberwahlen des letzten Jahres das „ökumenische Kabinett“, zu deutsch die „große Koalition“ der fünf wichtigsten Parteien, die Führung der politischen Geschäfte übernahm, aber schon bald erwies sich jene Erwartung als trügerisch. In der Regierung wie in der Kammer stehen sich zwei fast gleich starke Lager gegenüber, deren eines mit den Konservativ-Liberalen unter Michalakopoulos, den Fortschrittlich-Liberalen unter Kafandaris und der Republikanischen Union unter Papanastasiu, die Republikaner, das andere mit der Volkspartei unter Tsaldaris und der „Freien Meinung“ unter Metaxas die „Antivenizelisten“ oder Monarchisten umfaßt. Aber Republikaner oder Monarchisten ist in einem Lande ohne ausgesprochene Klassenscheidung Jades wie Hoses; es sind mehr persönliche als prinzipielle Unterschiede, die den Graben zwischen beiden Lagern aufreißen.

Allerdings erklingt heute das: Sie Republik! Sie Monarchie! als die wesentlichste Losung im erbitterten Kampf der beiden Machigruppen. Auch in den letzten Tagen, als die Beratung der Verfassung zur Reife ging, kam es zu scharfem Zusammenstoß, weil Artikel 124 der Konstitution bestimmte, daß die republikanische Staatsform nie Gegenstand einer Verfassungsrevision sein könne. Die Monarchisten, die im übrigen wie ihre deutschen Gesinnungsgenossen hinter Metaxas, der Verfassung ihr Jähwort eingebracht und in die Lärche gesteckt haben, wollten sich so doch nicht binden und erhoben Widerspruch, Metaxas mit der durchaus richtigen Begründung, daß eine auf Verfassungsänderung abzielende Bewegung, wenn sie nur stark genug sei, sich nie und nimmer durch ein Stück Papier aufhalten lasse. Der Paragraph wurde dann abgeschwächt, aber jetzt, nachdem der Schlupfwinkel hinter das Verfassungswort gesetzt ist, hält die Frage die Politiker in Atem, ob das Ganze dem Urteil einer Volksabstimmung zu unterwerfen sei oder nicht. Die Republikaner sind unbedingt dafür, die Monarchisten ebenso unbedingt dagegen, weil sie fürchten, daß die Annahme der republikanischen Verfassung durch ein Referendum die royalistische Propaganda künftig sehr erschweren werde.

Die Beratung der Verfassung selbst ging im Parlament so schleppend vor sich, daß sie mit dem Werk der Penelope verglichen wurde, die das am Tage Gewobene nachts wieder aufzerrte. Vergeblich versuchte der Staatspräsident Konduziotis Dampf dahinter zu machen und griff sogar zu dem äußersten Mittel, indem er den Rücktritt von seinem Amt nicht nur androhte, sondern auch in aller Form anbot. Aber auch sonst bewies der Parlamentarismus dem Lande, das vierzehn Monate unter der Diktatur Pangalos gequält hatte, keine schöpferischen Kräfte, in erster Reihe, weil er durch das Widerpiel der beiden Machigruppen, mögen sie immer in einem Kabinett zusammengefaßt, gelähmt wird. Neben der Ausarbeitung der Verfassung gehörte zu den dringenden Aufgaben der sozusagen zivilistischen Regierung die Ausbalanzierung des Budgets, um den europäischen Geldgebern wieder Vertrauen zu Griechenland einzufößen; gerade jetzt bemüht sich Zithen, in Genf eine Zusageleihe zur Unterbringung und Versorgung der aus der Angora-Türkei verdrängten Hellenen herauszuschlagen. Aber sowohl das Loch im Staatshaushalt von 690 auf 310 Millionen verengt wurde, steht die Stabilisierung der Drachme noch in weiter Ferne. Fast die ganze Arbeitskraft und Arbeitszeit von Kabinett und Kammer wurde eben durch politisches Geknüttel aufgezehrt. Keine Woche ohne Regierungskrise! Bald brach sie aus, weil der monarchistische Innenminister die wichtige Ernennung eines Chefs der Gendarmerie ohne Zustimmung des Kabinetts vornahm, bald, weil der republikanische Außenminister auf den Pariser Gesandtenposten einen der Gegenseite nicht genehmen Diplomaten setzen wollte. Immer gelang es jedoch, solche Konflikte, sei es auch mit Ach und Krach, beizulegen, denn niemand, der nicht wüßte, was eintritt, wenn das „ökonomische Kabinett“ auseinanderbricht! Die Frage: „Parlament oder Militärdiktatur“, ist noch immer in der Schwebe.

Zwar sollte die Koalitionsregierung auch einen Säugwall gegen die ewigen Putschgelenke des Offizierskorps aufwerfen, aber die Kasse, die über die Maschinenengewehre gebietet, dachte auch nicht











im Traum daran, von der Politik abzustanden. Die ganze Amtszeit des „Bismarckischen Kabinetts“ flirrte es, während im Vordergrund die parlamentarische Mühle behaglich klapperte, im Hintergrund unheimlich von Waffen. Die politischen Offiziere zogen dabei nicht alle an einem Strick; unter ihnen gibt es Republikaner und Monarchisten, und mancher politische Überzeugung erschöpft sich in dem Wahn, daß ihnen die Herrschaft gebührt weil sie den Sattel führen, aber schon die Bewegung einer ihrer verschiedenen Gruppen genügt, die Kurse ins Wackeln und die Geschäftswelt ins Zittern zu bringen. Um Ostern liefen Gerüchte um, daß der Ex-Diktator Pangalos in seinem Gefängnis auf Kreta einen Umsturzplan ausgearbeitet habe und auf genügend Anhänger im Meer zählen könne; dann wieder regte sich der Pangalos-Stürzer General Kononidis und sprach, nach seiner Gewohnheit mit der sozialen Frage losfertigend, ungewöhnliche Drohungen gegen das „Bismarckische Kabinet“ aus; endlich wurde General Thonagos als der militärische Gebieter des Landes von morgen genannt. Der Angelpunkt der Politik, die die Militärs im Augenblick leidenschaftlich bewegt, ist die Wiedereinstellung von 600 Offizieren, die unter dem letzten Regimes teils aus politischen, teils aus persönlichen Gründen entlassen worden waren. Nach vielem Hin und Her hat die Regierung in dieser heißen Frage eine Kompromißlösung gefunden, aber ein großer Teil des Offizierskorps in einem Lande, das aus Sparsamkeitsrücksichten an die Verringerung seiner Streitmacht denken muß, sträubt sich gegen die Verengerung seines Nahrungsspielraumes durch Reaktivierung der Ausgeschiedenen. Da in diesen Tagen mit Veröffentlichung der Listen der Eingekerkerten der Würfel fallen soll, hat es seine ernste Bedeutung, wenn auch die ruhigsten Beobachter der Lage achselzuckend erklären: Die Armee ist nervös!

Die Regierung oder zum mindesten das Republikanertum scheint als letzten Trumpf gegen die militärischen Putschgelüste den Staatsmann Venizelos auszuspielen zu wollen, der vor kurzem von Paris nach seiner Heimat Kreta zurückgekehrt ist, als Präsidentschaftskandidat, wie manche vermuten. Ob diese Auspielung nötig wird oder geschieht oder gelingt, steht dahin, aber was auch kommen mag, sicher ist das eine: Griechenland war in Gärung, ist in Gärung, wird in Gärung sein, bis einmal mit der Entwicklung der Industrie auch hier das Gerauf kleiner Offiziersklippen vom Kampf der großen Gesellschaftsklassen abgelöst wird.

### Die russische Sozialdemokratie über den Abbruch der Beziehungen Englands zu Sowjetrußland.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat am 28. Mai 1927 folgenden Beschluß gefaßt: Der Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland birgt in sich die größten Gefahren sowohl vom internationalen Standpunkt, als auch vom Standpunkt der inneren Entwicklung Rußlands. International betrachtet bedeutet der Bruch eine wesentliche Gefährdung des Weltfriedens. Er wird mit sich eine Verstärkung der diplomatischen Intrigen bringen, die darauf abzielen, immer neue und neue einander feindliche Staatengruppierungen zu schaffen und daher gefährlich sind. Besonders schwierig wird dabei die Lage der jungen und noch nicht gefestigten Staaten im Osten Europas werden müssen, die die rivalisierenden Großmächte zu ihrem Werkzeug zu machen bestrebt sein werden.

Vom Standpunkt der innerpolitischen Entwicklung Rußlands gesehen, muß der Bruch mit England, insbesondere wenn es der konservativen englischen Regierung gelingt, auch noch andere Staaten unter den Einfluß ihrer Politik zu bringen, die Bedingungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Rußlands außerordentlich verschlechtern. Dadurch werden nicht nur neue Leiden für die Massen des russischen Volkes geschaffen, sondern es wird auch jener Kampf gegen den Bolschewismus erschwert, von dem der Reichspräsident Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sprach, indem er das russische Volk aufrief, die Herstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Freiheit in der Sowjet-Union anzustreben und sich jeder aggressiven und annexionspolitischen Politik ihrer eigenen Regierung, sowie jeder Propaganda zu widersetzen, die auf gewaltsame Eingriffe in die inneren Angelegenheiten anderer Länder abzielt. Die provokatorische Politik der englischen Diebstahls, die zu ihren

Zwecken die Abenteuerlust und die Fehler der Sowjet-Diplomatie ausbeutet, ist geeignet, in den russischen Volksmassen die Stimmungen der nationalistischen Reaktion zu verstärken, zum Schaden für die Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie, die dem systematischen Kampf der russischen Arbeiterklasse gegen das Regime des Terrors und für den demokratischen Abschluß der bolschewistischen Diktatur zu organisieren bestrebt ist. Nur ein vorläufiger Abbruch kann die wirtschaftliche Gewähr dafür bieten, daß das nachrevolutionäre Rußland nicht zu einem Kriegsgefahrherd und zu einem Hort der internationalen Reaktion wird. Wir sind der Überzeugung, daß an der Schwelle dieser neuen Etappe in der Entwicklung der internationalen Beziehungen die Sozialistische Arbeiter-Internationale ihre Stimme erheben muß, um der Arbeiterklasse der ganzen Welt die Bedeutung dieser neuen welthistorischen Wendung klarzumachen, und um den vereinigten Kampf aller nationalen Sektionen gegen die Gefahren, die der Bruch zwischen England und Rußland in sich birgt, zu organisieren.

### Kommunistische Sprengerebeit in Australien.

London, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die bereits viele Monate dauernde Krise innerhalb der australischen Arbeiterpartei hat nunmehr mit dem Ausschluss des Ministerpräsidenten von New-Südwales, Lang und einiger seiner Ministerkollegen ihren Höhepunkt erreicht. Der Gesamtverband der australischen Arbeiterpartei hat ein Manifest erlassen, in dem es heißt, daß Lang durch anmaßende und diktatorische Gewaltmaßnahmen zum Verräter an der Arbeiterbewegung geworden ist. Die bevorstehenden Neuwahlen in New-Südwales werden also zwei verschiedene Gruppen der Arbeiterpartei im Wahlkampf sehen, die offizielle der australischen Arbeiterpartei und die stark unter kommunistischen Einfluß stehende Gruppe, die unter Führung des Ministerpräsidenten Lang steht und in den örtlichen Gewerkschaftskartellen ihre Stützpunkte hat. Lang hätte die gegenwärtige Regierung seinerzeit mit der ausgesprochenen Absicht auf den verstärkten Einfluß der Radikalen gebildet, um den Streit innerhalb der Partei zum offenen Kampf zu treiben und die Entscheidung in einem Wahlkampf zu suchen.

### Soll auch die Reichspost den Reparationszahlungen dienlich gemacht werden?

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut eines angeblichen Berichts, der der Reparationskommission über die augenblickliche Lage der Deutschen Reichspost und ihre Auswertung für die Dawes-Zahlungen unterbreitet worden sein soll. Darin wird vorgeschlagen, die Post in Zukunft ähnlich wie die Reichsbahn von rein kaufmännischen Gesichtspunkten zu leiten, so daß dann ohne weiteres von der Post größere Reparationssummen aufgebracht werden. Als Maßnahmen, um die vorgesehenen Reparationslasten zu ermöglichen, werden vorgeschlagen:

1. ein 80prozentiger Personalabbau;
2. eine 50prozentige Einschränkung des für die nächsten fünf Jahre vorgesehenen Hauptprogramms;
3. die von dem Reichspostminister bereits vorgeschlagene Tarifserhöhung;
4. eine 50prozentige Einschränkung des vorgesehenen Baues technischer Neuanlagen;
5. eine besondere Kontrolle über die Auftragsvergebung der Post an die Industrie und deren Preisgestaltung;
6. Einstellung jeglicher Kasse- und Kreditvergabe einschließlich an Reich und Länder;
7. stärkere Konzentration aller verfügbaren Geldmittel;
8. die Verstaatlichung der Selbstverordnungen in Zukunft durch die Reichspost; sämtliche künftigen Mittel sind öffentlich an diese abzuführen;
9. Die Auslegung einer inneren Reichspostanleihe von fünf-hundert Millionen Goldmark.

Die Reichsregierung wird nicht darum herumkommen, diesen Angaben gegenüber möglichst umgehend dem deutschen Volk klaren Wein einzuschütten, was wahres an diesen Veröffentlichungen enthalten ist und welche Gründe bestehen, neben der Reichsbahn nunmehr auch die Reichspost den Reparationszahlungen dienlich zu machen.

### Erzjesinski in Ostpreußen.

Königsberg, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der preußische Innenminister Erzjesinski traf auf einer Informationsreise durch die Provinz Ostpreußen am Mittwoch in Elbing ein. Nach Besichtigung verschiedener großer Werke legte er seine Reise im Auto nach Königsberg fort. Hier fand am Abend ein Empfang der Vertreter sämtlicher Behörden, Verbände und Berufsorganisationen statt. Dabei gab der Minister in einer Ansprache die Versicherung ab, daß sowohl das Reich wie Preußen gewillt seien, die Ostpreußen durch den Vertrag von Versailles aufgebürdeten Lasten und Schäden tragen zu helfen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß das ganze Reich und insbesondere auch Preußen als Ganzes gestiftet haben. Ostpreußens Verhältnisse bedingten allerdings eine besondere Berücksichtigung. Die Bedeutung Ostpreußens als

Kornkammer des Reiches sei durch den Verlust der landwirtschaftlichen Provinzen Ost- und Westpreußen noch erheblich gesteigert worden. Der Minister unterstrich besonders die Notwendigkeit einer großzügigen Ostiedlung gerade für Ostpreußen. Aus nationalpolitischen und wirtschaftlichen Gründen müsse es das Bestreben von Reich und Staat sein, in Ostpreußen in ganz anderem Ausmaß als bisher Familien auf eigene Kosten anzusiedeln. Die Aufgabe, daß von 1928 bis 1932 rund 160 000 Personen die ostpreussische Heimat verlassen haben, müsse außerordentlich bedenklich stimmen. Der Minister hat auch noch auf die Wohnfrage eingegangen und erklärte, daß, was Verfassung und internationalen Vereinbarungen der nationalen Minderheiten zulagen, auch gehalten und durchgeführt werde. Am Schluß seiner Rede war noch einmal die Versicherung ab, daß Reichs- und Staatsregierung vom ehrlichsten Willen beseelt sind, den bedrängten Gebieten des Ostens, vornehmlich der infolge ihrer inzulagernde Lage besonders arg geschädigten Provinz Ostpreußen, unter Anspannung aller vorhandenen Mittel zu helfen.

### Um die Fürstenabfindung in Württemberg.

Stuttgart, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen sind zur Fürstenabfindung in Württemberg im ganzen Reich zahlreiche unvollständige und teilweise irre-führende Meldungen verbreitet worden. Wir erfahren hierauf die Ansprüche des Hauses Württemberg gliedern sich in drei Gruppen. Die erste Gruppe besteht in Entschädigungsansprüchen auf Grund der Bestimmungen der württembergischen Verfassung von 1819, in denen dem Hause Württemberg die Privilegien, Ämten, zugestanden worden waren. Diese Ansprüche wurden begründet mit der jederzeit erfolgten Einbringung des Familien-fideikommisses in das Staatskammergut. Diese Ansprüche sind von der württembergischen Regierung aus rechtlichen und politischen Gründen abgelehnt worden.

Die zweite Gruppe von Ansprüchen beruht auf dem jetzt im Staatsbesitz befindlichen Privatvermögen der herzoglichen Familie, und zwar a) der sogenannten Kronkammer, d. h. einer umfangreichen Sammlung von Gegenständen meist kunsthistorischen Charakters, die teilweise bis zur Zeit vor dem Dreißigjährigen Kriege zurückgehen, b) der unentgeltlich von den drei Königinnen an das Krongut gegebenen Sammlungen. Die Schätzung des Wertes der zu dieser Gruppe gehörigen Gegenstände war bei den Vertretern des herzoglichen Hauses wesentlich höher als die von der Regierung anerkannt werden konnte. Die Regierung hat für die unter a) und b) genannten Ansprüche einen Entschädigungswert von drei Millionen Mark in bar anerkannt, während die Ansprüche auf Rückgabe von Wäldern und Grundstücken abgelehnt. Von den drei Millionen Mark werden jedoch 530 000 Mark für bereits abgegebene Stücke des Krongutes abgezogen.

Der dritte Anspruch betrifft die Rente der Witwe des letzten Königs, die unter der Regierung Blos im November 1918 auf 100 000 Mark bemessen und nach der Stabilisierung auf 80 000 Goldmark festgesetzt worden ist. Im Hinblick darauf, daß von dieser Rente die Unterhaltung des Schlosses Bebenhausen zu decken ist, hat die Regierung geglaubt, einer Erhöhung der Witwenrente auf 70 000 Mark zustimmen zu sollen. Der Vertrag enthält jedoch noch einige weitere Bestimmungen, z. B. die Anerkennung des Privatvermögens der zur Königin-Charlotte-Mathilde-Stiftung gehörigen Gegenstände, die aber für die Bemessung des Entschädigungsanspruches nicht von Bedeutung sind.

Die tatsächlichen Leistungen des Staates Württemberg an das Herzoghaus auf Grund dieses Vertrages bestehen mithin aus der Erhöhung der Rente für die Dauer des Lebens der jetzt 64-jährigen Herzogin Charlotte von 38 000 auf 70 000 Mark und einer Gesamtabfindung aller übrigen Vermögensansprüche mit der Summe von 2 470 000 Mark. Da diese zurzeit nicht in bar aus der Staatskasse geleistet werden kann, soll bis zur endgültigen Auszahlung der Summe eine Rente in Höhe von 5 Prozent gleich 123 500 Mark pro Jahr gezahlt werden, die aus dem Ertrage eines zum Krongut gehörigen Gebäudes, des Königsbaues in Stuttgart, zu entnehmen sind.

### Aus dem Reiche.

Rein Volkstümlicher. Eine Berliner Zeitung brachte gestern Abend die Nachricht, das Auswärtige Amt beabsichtige den deutschen Botschafter in Moskau durch den deutschen Botschafter in Konstantinopel zu ersetzen. Wie den Mätern mitgeteilt wird, liegt bei dem Auswärtigen Amt nicht die Absicht vor, irgend einen Botschafterwechsel einzutreten zu lassen.

Der erste Gedenkstein in Bayern ist am Montag in Burgstätt bei Mittenberg a. M. (Unterfranken) enthüllt worden. Das Denkmal stellt einen über drei Meter hohen Findling dar, in welchem das Brustbild Eberts in Bronze eingestiftet ist. Der Standort des Gedenksteines ist eine ungefähr 300 Meter hohe Berggruppe, von welcher man eine herrliche Fernsicht in das Tal des Mains sowie auf die Berge und Täler des Spessarts, Odenwaldes und des Taunus hat. Die Enthüllung erfolgte in Anwesenheit großer Scharen von Republikanern aus dem Maintal und den angrenzenden Gebieten.

Das Fingerringverbrechen in der Justiz. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Rundschuß des Preussischen Innenministers entnimmt, werden die Gefangenen-Anstalten mit den zur Abnahme von Fingerringen erforderlichen Materialien durch das Ministerium des Innern unmittelbar ausgerüstet werden.

### Das Phänom der Rue Michel-Ange.

Von Henry Bordeaux.  
Unberechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

(Nachdruck verboten.)

Die Baronin steht ruhig vom Tisch auf, um das Zeichen zum Einnehmen des im Salon servierten Kaffees zu geben, geht den anderen dorthin voraus, schreit beim Betreten des Salons laut auf und wird ohnmächtig. Die Gäste eilen hinzu, bemühen sich um sie und es gelingt, sie aus der Ohnmacht zu wecken. Sie erzählt, daß sie beim Uebersteigen der Treppe ihre kleine Tochter verloren habe, ohne Bewußtsein und ohne daß sie sich merken habe, das Gesicht sei gelblich wie ein Leichnam und aus seinem verletzten Munde sei das Blut über das Gesicht und den Hals hinunter herabgefloßen. Sie habe diese Vision nicht ertragen können. Vergessen habe sie sie zu beruhigen, ihr zu versichern, daß man einen Selbstmord nicht verhindern könne, daß sie nur ihren Grund in der Religion und den Abwesenheiten habe; man muß sie zu Bett bringen und jenseit nach ihrem Willen, dem berühmten Melancthon, nachhelfen. Er ist nicht anders als das Kind, das einer der Gäste, der erste Präsident des Hofes, aufnahm; alle hätten untergeordnet.

Ein Schweizer folgte dieser Methode, die während des Jahres 1916 im Schloss und im Garten von Melancthon war. Als dahin hatte sie die Unterhaltung in gutem Abstand

von der Gegenwart bewegt. Was das Festge der Akademie in den Augen unserer Architekten, Schriftsteller, Professoren und selbst in denen unserer Damen daran schuld oder wichte diese tausendfache Erzählung für sie als die Zeugenschaft der Dämonen? Die Tausenden waren jedenfalls davon zu berührt, als wenn jeder einzelnen persönlich Angst und Schrecken. Frau Palaise hatte sich vom Tisch erhoben. Mervalle hat ihr den Arm. Wir folgten ihnen nach dem Salon im Gefühl einer gewissen Furcht, als wenn sich aus der Wand ein Gesicht blickte oder Geheimnisse offen müßte. Aber in diesem Juni 1914 war weder von Hinrichtungen noch von Selbstmorden viel die Rede. Die ersten Schritte eines seltsamen Dämonen und die Wunder begünstigten sollten auf irgend eine Schicksalshaltung. Die ruhige Frau Palaise war keine von denen, die sich über Gespenster aufregte; sie verstand ohne Hemmung die gefährliche Schwelle, war sie schüchtern nach was um und hat den Kaffee an, der bei ihr ausgegeben ist. Nur an Bernin, den der Erfolg des Rivalen verdrängen hatte, sagte noch eine gewisse Verbitte-rung über seinen Mißerfolg, was ihn zeigte, den Unglücks- propheten zu spielen. Dazu gab es Gelegenheit. Einer von uns hatte eine Anspielung gemacht, die sich auf die Ermordung des Erbprinzen Franz Ferdinand in Serajewo bezog.

„Ja, er ist im Jenseits“, sagte Bernin, der den Propheten eigen, wir werden bald wieder den Anblick von Erzählungen haben.“  
„Was für welche?“ fragte harmlos Frau Kemp.  
„Die aller unserer Gefassten, wenn sie aus selbst ihren Tod suchen.“  
„Unser Gefassten?“  
„Sicher. Sehen Sie nicht, daß es zum Kriege kommt?“  
Diese Worte warfen eine Schatten auf Mervalles Gesicht; aber man muß ihnen keine Bedeutung bei. Sie waren weder tief noch heftig. Wie sollte man an die Möglichkeit eines Krieges, ja selbst an seine Realität glauben, wenn man sich von einem so ausgezeichneten Worte erhebt, bei dem sich die Geister um die Wette bemühen, zur Unterhaltung der Gäste beizutragen? Wäre ein halb richtiger Geist. Franzine Suzanne Giroux hatte nachlässig aus dem Salon; sie verdeckte ihre Augen mit den Händen, es war als wollte sie einer furchtbaren Vision entgehen.  
„Sich Schmeicheleien haben ist auf Sie anzuwenden“, meinte Palaise, ohne von dem Zwischenfall viel Aufhebens zu machen.

„Sehen Sie, was für ein Medium!“ sagte ich zu Frau Kemp.  
Der junge Palaise war Suzanne gefolgt. Sie kehrte bald darauf, beruhigt, mit ihr zurück; aber die Ursache der plötzlichen Betäubung wollte sie nicht verraten.  
„Ein junges Haar!“ bemerkte ich zu meiner Nachbarin.  
„Schweigen Sie davon“, verlegte sie. „Die Palaise haben mit ihrem Sohne andere Absichten.“  
„Ja, aber diese kleine weiß, was sie will.“  
„Das wäre Undankbarkeit von ihr.“  
„Liebe ist undankbar und struppellos.“  
So verlief in allen Einzelheiten dieser Abend kurz vor Kriegsausbruch, der das Vorspiel für das bizarrste Familien-drama bilden sollte.

II.  
Zwischenjahren.  
Der von Bernin in einer Anwendung über Laune pro-phetisierte Krieg entzündete einen jeden von uns, wenigstens für einige Zeit seiner Umgebung, keinen Beziehungen und Freund-schaften. Wir lebten alle in tiefer Abgeschlossenheit, die einen an der Front, die anderen im Hinterland. Die Spannkraft unseres Geistes galt der nationalen Rettung. Allmählich erst begannen wir uns wieder für das zu interessieren, was einst die Freude unseres Lebens war. Denn die Menschen sind Menschen und bleiben nicht lange auf den Gipfeln.  
Im Juni 1916 — während der Schlacht von Verdun — be-gabte ich, aus dem Geißels des Todes heimkehrend, eines Tages Palaise in den Champs-Élysées. Ich mußte, kein einziger Sohn war als Artillerieleutnant gleich am ersten Tage dieser endlosen Schlacht gefallen und ich wunderte mich nicht, Palaise verändert, gealtert, verhärmte und übergegriffen. Er, der trotz seiner Jahre — er hatte die fünfzig fast überschritten — sich eine geradezu jugendliche Frische bewahrt hatte, er, der das Leben und alles, was er an Arbeit und Freude bietet, liebte, war jetzt bitter und pessimistisch geworden.  
„Sie kommen von da unten?“ fragte er. „Wann verlieren wir Verdun?“  
„Niemals. Der Angriff von zwölf Regimentern ist eben vor Souville und Froideville gescheitert.“  
„Neben mir offen. Souville ist genommen, aber man ver-beitigt es uns.“  
(Fortsetzung folgt.)







# Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe meiner Detailabteilung, Ritterplatz 9

Die Preise sind bis 50% ermäßigt.

Beginn: Freitag, den 10. Juni 1927.

Ich gebe ab:

Bemdenuchreste Meter von 0.30 an	Damenhemden leicht angeschmutzt, Stück von 0.75 an	Linonbezüge Stück von 7.20 an	Primakleidersamf Meter von 2.95 an
Handtuchreste Meter von 0.34 an	Herrenhemden leicht angeschmutzt, Stück von 1.25 an	Bunte Züchen Bezug von 6.20 an	Jacken-Velour Meter von 0.55 an
Zepfirreste Meter von 0.35 an	Hauskleider Stück von 1.75 an	Frottiertandtücher Stück von 0.65 an	Sportstutzen Paar 1.20 an
Moltonreste Meter von 0.45 an	Kasaks Stück von 1.20 an	Pa. Kleidernessel Meter von 0.62 an	Kopffücher Stück von 0.85 an
Mousselinreste Meter von 0.45 an	K.-seidene Kasaks Stück von 2.95 an	Mousseline 80 cm breit . . . Meter von 0.58 an	Schürzen sportbillig
Manchesterreste Meter von 1.45 an	Männerhosen Zwirnware . . . Stück von 3.60 an	Waschseide Meter von 0.85 an	Schweißsocken Paar von 0.25 an
Oxfordhemden Stück von 1.25 an	Manchesterhosen Stück von 5.50 an	Pikébarckenf Meter von 0.65 an	Damensrümpfe Paar von 0.35 an
Pa. Einsatzhemd. Stück von 1.35 an	Kinderanzüge prima Futterware, Stück von 0.95 an	Vollvoile 110 cm breit . . . Meter von 1.25 an	

sowie sämtliche anderen Artikel zu weit herabgesetzten Preisen.

## Georg Hünert, Ritterplatz 9

Mengenabgabe vorbehalten! Versäumen Sie nicht, von meinem günstigen Angebot Gebrauch zu machen!

**Stadttheater**  
Donnerstag 8 Uhr:  
Zum letzten Male  
**Zurandot.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Carmen.**  
Sonntag 8 Uhr:  
**Die Bohème.**

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 36308.  
Täglich 8 Uhr:  
Der große  
Operetten-Erfolg!

**„Die Siegerin“**  
Mittw. Peter J. Tschailowsky  
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
„Das Dreimäderlhaus“

**Lobe-Theater**  
Tel. Ring 6774  
Donnerstag, Freitag  
8 Uhr:  
**Androlins**  
und der Löwe  
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6700  
Donnerstag, Freitag  
8 Uhr:  
**Nelly.**

**Victoria-**  
Theater \* 8 1/2 Uhr  
Personen unter 18 Jahren  
keinen Zutritt!

Im Saal — Die  
**Revue der  
Einakter:**  
**Breslau lacht** —  
bis 11 von 8

Besuch im Bett  
Gustav, es blüht  
Ina v. Prolla  
und Seeliche  
Die Spelunke  
Nachte Tatsachen  
Billette  
nur gegen Revers.

Im Garten 8 1/2 Uhr  
**Garten-Kino** —  
Varieté  
Eintritt frei!

Bitte bei allen Ein-  
läufen stets  
die Infanten unserer  
Zeitung zu berücksichtigen

**Lieblich-Sommer-Theater**

Heute, 8 Uhr abends: 8283  
**Abschiedsabend Walter Jankuhn**  
Walter Jankuhn singt in der  
„Flucht vor der Liebe“  
Einlagen eigener Komposition.  
Sonntag, den 11. Juni, 8 Uhr abends:  
**Nelson-Premiere:**  
„20 Jahre Nelson“  
(Näheres Anschlagssäulen)

**Bräuer's Festsäle**  
Schützstraße 22 Inh.: Paul Graesser

Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:  
**Gesellschaftstanz**  
Saxo-Jazz-Orchester 8233

**Echte Reutlinger  
Monteur-Anzüge**  
in unseren seit Jahrzehnten  
bewährten 3 Spezial-Qualitäten,  
für jede Figur passend am Lager

**Hausinh.** beste Qualität 3.85  
**Sackköper** eben- 4.95  
**Leinen** das Beste vom Besten 6.25

Die Preise gelten sowohl f. Jacken  
als auch für Hosen.

Berechnung und Leihlingsgrößen  
10% billiger.

Ein Probier-Modell für Ihre Kostüme.

**M. Danziger Wwe.**  
Königsplatz, am Hauptbahnhof

**Damenhüte**

Sehr besonders preiswert + Große Auswahl  
**Gustav Thomas** 8247  
Hutfabrik / Umpresserei  
Ketzberg 24 Kätzlehole 35



Die billige  
**Bezugsquelle**

für  
**alles**  
was Sie  
**täglich**  
gebrauchen

**David: Referentenführer.**

Eine Anleitung für sozialistische Redner.  
Preis nur 50 Pf., versandt 10 Pf. Porto.  
**Volksrecht-Buchhandlung (Königsplatz)**  
Breslau III, Neue Graupenstr. 5

**Leinenhaus  
Gotthard Völkel**  
aus Langenbielau Gegr. 1885

**Spezialgeschäft für Leinen  
und Baumwollwaren  
Berufskleidung jeder Art**

Beste erprobte Qualitäten  
/ in federdichten Inletts /  
Damen- u. Herrenwäsche

**Friedrich-Wilhelm-Straße 51  
u. Albrechtsstraße 56** 2. Haus  
vom Ring.

**MÖBEL**  
Küchen kompl. 7-tlg. von 80.00 Mk. an  
Schränke pol. 2-tlg. von 60.00 Mk. an  
Ausziehtische . . . von 38.00 Mk. an  
Polierte Stühle . . . von 5.50 Mk. an

Preiswerte Schäl-, Herren- und Speisezimmer  
Chaiselounges, Sofas, Patent- u. Auslegematten  
und alle Arten Einzel- und Kleinfurnituren

**Blener, Dührig & Co.**  
Möbel und Stühle in detail und en gros  
Mathienstraße 107 und Weinbergweg 18/20

**Jedem ein Fahrrad**

Abzahlung ganz nach Wunsch.  
Große Auswahl von 65 Mk. an. Zubehör gratis.  
**R. Mühle & Sohn**  
Lauenburgerstraße 55, Nähe Taschenstraße.

**Bönnungen**  
Suche zwei Fenster, Zimmer,  
Büro, eventuell Beigehaus  
Büro 1 Berliner Zimmer m.  
Kabinett, 1 feinstes Küch.  
Wasch- und Koller vorhanden  
Offerten unter 177 an die  
Volksrecht-Buchhandlung,  
Neue Graupenstr. 5. 177

**Buchdruckerei Volksrecht**  
Flurstraße 4/6  
**Arbeitsmarkt**  
**Schneiderinnen**  
a. Damenkleid (elett. Betrieb)  
gehüht, Maßung m. Ausweis  
bei Brühl, Wallstr. 11. 178b

**Se 2 tüchtige  
Dreher und Rundscheifer**

für Präzisionsarbeit sofort gesucht. Bewerbungen unt. Off.  
A 25 an die Geschäftsstelle der Ztg., Flurstr. 4/6. 8289

**Neuerer Redakteur**  
(Parasitenoffe, gelehrter Buchdrucker) wünscht sich zu ver-  
ändern, evtl. auch in andergerichtet, geeignete Stellung.  
Gefl. Angebote unter 2923 an Volksrecht-Buchhandlung,  
Breslau, Neue Taschenstr. 11. 178b

**Lurfschönen Frau  
ein schöner  
Mantel**  
Vorzeiger dieses auf alle  
**Mäntel  
und  
Kostüme**  
**20% Rabatt**

**Wohl & Alexander**  
Damen- u. Mädchen-  
Kleidfabrik  
Königsplatz 25  
Königsplatz 25

**Reiseführer  
und  
Karten**  
erhalten Sie in den  
**Volksrechtbuchhandlungen**  
Neue Graupenstr. 5 und  
Neue Taschenstr. 11



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. Juni.

## Hilfeleistung auf öffentlicher Straße.

Der moderne Großstadtbetrieb kann leicht einem jeden Gelegenheit zur Hilfeleistung auf öffentlicher Straße geben. Hier handelt es sich zum Beispiel um einen Unglücksfall, dort um einen plötzlich Erkrankten, hier wieder um einen sinnlos Verunfallten, oder gar um einen Geisteskranken, da gar um Leichenbefreiung und -überführung. Wir geben im folgenden einige Anweisungen zu solcher Hilfeleistung bekannt, wie sie gegenwärtig den Beamten der Schutzpolizei gegeben werden, deren Kenntnis jedem Großstädter gegebenenfalls von Nutzen, in jedem Falle aber von Interesse sein dürfte.

Leicht Verunglückte oder krank Aufgefunden sind, wenn ihre Wohnung bekannt ist, den Angehörigen, sonst der nächsten Unfallmeldestation oder dem Allergnößigen-Hospital, dem Wenzel-Hande-Krankenhaus oder der Universitätsklinik zuzuführen.

In schweren Fällen, wenn ärztliche Hilfe an Ort und Stelle nötig ist, ist durch Fernsprecher oder Boten der zuständige Bezirksarzt oder nötigenfalls ein anderer Arzt herbeizurufen. Handelt es sich um armenrechtlich hilfsbedürftige Personen, so ist innerhalb drei Tagen nach der Hilfeleistung vom zuständigen Bezirksvorsteher dem Bezirksarzt ein Freireischein zu stellen. Bei offenbar zahlungsfähigen Personen fällt die Beibringung auf bestimmte Verste und Anstalten fort. Die Beförderung des Verunglückten oder Erkrankten nach einem der genannten städtischen Krankenhäuser muß auf dem billigsten Wege erfolgen. Nur in einem Notfall darf der Beamte den städtischen Krankentransportwagen oder das nächste Gefährt herbeirufen. Aus dem bei dem Kranken oder Verunglückten etwa vorhandenen Bargeld ist der Wagen, Droschke, Auto, zu bezahlen, sonst stellt der Beamte einen Forderungsnachweis aus und erfolgt Bezahlung später. Wird der städtische Krankentransportwagen bestellt, so geschieht dies bei der Hauptfeuerwache oder durch Fernsprecher 5280-83.

Bei sinnlos Verunfallten gilt das oben über leicht Verunglückte oder krank Aufgefundenen Gesagte. Nicht sinnlos Verunfallte sind vom Beamten nach ihrer Wohnung zu überführen, wenn sie glaubhaft genannt wird, sonst nach dem Polizeirevier. Nach letzterem immer, wenn der Verunfallte ohne Ausweis oder nicht polizeilich gemeldet oder unbekannt ist. Weibliche Verunfallte sind dem Polizeigefängnis zuzuführen. Hier im Polizeirevier oder Polizeigefängnis oder bei sinnlos Verunfallten im Krankenhaus verbleiben sie, bis die Entführung eingeleitet ist, die ihren Hörspruch meist wohl dann erreicht, wenn Rückerstattung der Kosten, die durch Benutzung einer Droschke, bei Neigung des Verunfallten zu Gewalttätigkeiten des städtischen Krankentransportwagens, entstanden sind. Bei sinnlos Verunfallten ist ein Transport ohne Wagen gar nicht möglich. Bezeichnend ist folgender Passus, der sich bei den Anweisungen findet: Gefährte, die in der Öffentlichkeit Unruhe erregen (offene Karren und dergl.), sind beim Transport Verunfallter auszuwickeln.

Die Angehörigen hilflos Aufgefundener oder Verunfallter sind bei Tage sofort zu benachrichtigen; während der Nachtzeit erfolgt die Benachrichtigung nur nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Beamten. Jedoch wird in diesem Falle das vollständige Wohnrevier in Kenntnis gesetzt, damit etwaige, bereits am frühen Morgen erfolgende Nachfrage der Angehörigen beantwortet werden kann.

Auf Bahnhöfen angetroffene hilfsbedürftige Personen sind entweder der Bahnhofskommission oder dem Wohlfahrtsamt, Schulstraße 36, zuzuwenden.

Für verlassene Säuglinge ist das städtische Säuglingsheim, Schulgasse 13c, für verlassene Kinder das städtische Kinderobdach, Schulgasse 13b, zuständig.

Bei Geisteskranken schreiten die Beamten grundsätzlich nur ein, wenn offener Gemeingefährlichkeit vorliegt, d. h., wenn es sich um solche Kranke handelt, die sich oder andere gefährden. Diese werden dem Polizeigefängnis zur ärztlichen Untersuchung zugeführt. In den übrigen Fällen werden die Angehörigen aufgefordert, sich umgehend ein ärztliches Zeugnis und die ortspolizeiliche Zustimmung zu verschaffen, um die Aufnahme des Geisteskranken in eine der beiden hiesigen öffentlichen Anstalten (Einmutterungs- und Kerkersanstalt in der Markstraße) zu erwirken. Die zwangsweise Überführung eines Geisteskranken in eine Heilanstalt ist untersagt, wenn nicht bestimmte polizeiliche Anordnungen oder amtärztliche Bescheinigungen über die unbedingte Notwendigkeit vorliegen.

Auf der Straße plötzlich verstorbene Personen sind mit Leichenüberführungswagen dem Leichenschauhaus zuzuführen. Sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß ein nicht natürlicher Tod eingetreten ist, so ist sofort Meldung an die Kriminalpolizei zu machen.

Die Bestimmungen schließen mit dem Hinweis, daß die Beamten bei der Vorgehensweise die Verhältnisse oft in die Lage kommen werden, nach eigenem pflichtmäßigem Ermessen zu handeln.

## Gang durch Breslaus Friedhöfe.

Wohl wenige Breslauer ahnen, welch eine Fülle von Blütenpracht und Frühlingspracht draußen vor der Stadtgrenze in unseren Friedhöfen auf sie wartet und wirklich des Anschauens wert ist. Es kommen nur die hinaus, die Gräber ihrer Lieben feierlich schmücken wollen, die meisten anderen besuchen unsere städtischen Parks und Anlagen auf ihren Spaziergängen und wissen nicht, daß auf den Friedhöfen ein ebensolcher Reichtum in der Pflanzenwelt herrscht. Das ist leicht erklärt, denn die Umstände erfordern es so: jedes Grabfeld soll von Blütensträuchern umgeben sein, jedes Grab hat seinen Schmuck, und dazu werden die Hauptwege und Eingänge gärtnerisch verschönt, um den Gesamteindruck zu vervollständigen. Die gute Orientierung wird aber nur durch einen Wechsel in der Bepflanzung der Alleen erreicht. Da gibt es schattige Kastanienalleen, licht grüne Birkenwege, Ahorn- und Lindengänge und vieles mehr.

Warum kommen so wenig Besucher auf unsere Friedhöfe? Viele kennen den Friedhof nur von einem Begräbnis an nachtaktalem Wintertag her, und er ist ihnen seitdem in schrecklicher Erinnerung. Andere werden traurig gestimmt beim Anschauen der vielen Gräber. Noch andere möchten am liebsten ganz mit den Friedhöfen aufräumen, weil — „das Land dafür dem Volk entzogen wird“. Warum will man den Toten das letzte Pflichten ergehen lassen? Und der Platz, den sie beanspruchen, wird immer beschöner, beim Urnenplatz oft nur eine Viertel Quadratkilometer. Was den anderen Grund anbetrifft, so meine ich, ein Friedhof braucht uns nicht traurig zu stimmen.

Unsere Friedhöfe sind groß, so groß, daß sich die meisten kaum darauf zurechtfinden. Aber es ist doch nicht so, wie in Hamburg, wo ein Omnibus den Verkehr von einem Friedhofsteil zum anderen überbrückt. Und jeder einzelne Teil wird bei uns mit solcher Liebe gepflegt, daß man von einem Blumenparken in den anderen wandeln kann.

Auch die Lage unserer Friedhöfe ist schön, am schönsten in Cöfel, wo der Friedhof mitten im jungen Laubwald des Bebel-parkes liegt. In einem sonnigen Mittags ging ich durch die verschiedenen Teile des alten Friedhofs mit dem blühenden Rotdorn und Kiefer über alten Grabgewächsen Grabhügeln. Die Kreuze und Denkmäler sind niedrig und schlicht, alte Bäume

spenden Schatten, und jedes dieser Grabfelder erinnert an einen Dorffriedhof, wie er uns allen lieb und vertraut ist.

Kommt man in den neueren Teil, so hat man keine Freude an den schönen Blütensträuchern längs der Hauptwege. Die Spiräen stehen im weißen Blütenkleid, wie mit Schnee überladen, die Koniferen entfalten in diesem Jahr einen ganz besonderen reichen Flor. Man sieht sie in weißen bis tiefroten Farben. Um die Grabfelder ziehen sich Hecken von chinesischem Flieder, und die ganze Luft ist von seinem Duft erfüllt. Kommt man aber in den entlegensten, noch unbelegten Teil, so bietet sich dem Auge eine prächtige Überraschung: Goldgelbe Ginstersträucher, so hoch, wie man sie selten sieht, im Hintergrunde Kiefern, ein Rest des alten Waldes, zeigen uns ein richtiges Heidebild.

Die weißen Spiräen bilden auch auf dem Friedhof in Gräbchen zurzeit einen Hauptpunkt der neuen Anlagen am Krematorium, nur daß sie hier noch größer und schöner sind, und die Zweige unter ihrer Blütenlast bis auf den Weg herabsinken. Man meint, weiße Tücher wären über sie gebreitet. Auch der Goldregen ist hier prächtig und Flieder und Rotdorn und die Grabblumen alle. Auf dem ältesten Teil, wo in die alten schönen Baum- und Strauchbestände Parkgräbchen eingefügt sind, zwischen und jubelnden die Vögel, daß es eine Lust ist. Besucht man den Friedhofsteil, auf dem die Giechische Kapelle erbaut ist, die wohl fast jedem Breslauer bekannt sein dürfte, so

## Reichsfrauenkonferenz der G. M. D. in Kiel

berichtet  
morgen Freitag, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal  
Genossin Gertrud Reichelt.

## Parteitag in Kiel

berichten am  
Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr,  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses die  
Genossen Gäßlein, Seeb und Wintzer.

steht man weite üppige Grasflächen mit vereinzelten Grabhügeln. Der ganze Rasen ist mit tausend Vergleichen erfüllt, daß es ist, als wollten die vergessenen Toten dadurch an ihre Anwesenheit erinnern. Auf dem Urnenfriedhof sind die niedrigen Hügel mit schönen Blumen geziert und die zum Teil sehr guten Denkmäler zeugen von einem Fortschritt in der Denkmalkunst.

Nur bleibt noch der Friedhof an der Oswitzer Straße in der Nähe der Schwedenschanze. Mag sein, daß die goldene Nachmittags-sonne ihr Teil beigetragen hat: mir war noch nie so sonntäglich und feierlich auf dem Kirchhof zu Mute wie hier. Auch hier wieder die weiten Rasenflächen und vereinzelte Gräber. Auf einem sah ich zwei blühende Kaskaden, rosa und mattgelb, ein Wunder an Schönheit, ein anderer war von Maiglöckchen überwuchert, und ein Fliederbaumchen stand darauf. Da sorgte kein Mensch mehr dafür, und gerade darum berührt es uns eigenartig.

Der Zugang zur Kapelle ist feierlich ernst durch hohe Lebensbäume zu beiden Seiten, doch auch hier macht sich als Frühlingsgruß ein oder der andere Fliederzweig hindurch. In den Parkgräbchen ist es so still wie im Walde, nur das Jubelieren der Vögel. Man kann geschmackvolle, liebevolle Bepflanzungen sehen und sehr gute Denkmäler. Aber auch bei denen, die nicht so viel Raum für ihr Grab haben, — auf den Reichenfeldern — ist es schön; alles sorgsam durchpflanzt mit Bäumen und Sträuchern, damit nicht ein Stein den anderen beeinträchtigt. In Cöfel und Gräbchen haben wir Gelegenheit, daselbst zu beobachten. Gerade auf eine gute Wirkung des Reichenfeldes verwendet die Breslauer Friedhofverwaltung die größte Mühe, und die ärmere Bevölkerung, die nicht die teuren Plätze kaufen kann, wird ihr dafür Dank wissen.

Vom Oswitzer Friedhof möchte ich noch die Kriegergräbstätten erwähnen. Sie sind im Winter wie im Sommer in dem grünen Eisen schön, aber jetzt stehen die blauschwarzen Kreuze gegen die in der Abendbeleuchtung lichtgrün scheinende Hecke, und die drei großen Kreuze wurden vom dahinterstehenden Sonnenlicht golden umfäumt, daß der Anblick ein großer war, gerade weil alles so einfach und schlicht ist.

Während meines Aufenthaltes auf dem Friedhof waren mittlerweile schwarze Gewitterwolken heraufgezogen, und nun war es erst schön, als all die prächtigen Farben und die weißen Spiräen sich von dem schwarzen Hintergrund abhoben.

Doch ich habe genug geschrieben. Wer sich eine Freude machen will und einen Sonntag mitten im Alltag, der geht selbst hin am frühen Morgen oder Abend, denn dann ist es am schönsten, der Duft ist am stärksten, die Farben sind am goldensten und frischsten, und die Vögel singen am fröhlichsten.

## Eine Stunde beim Märchenonkel auf der Liebigshöhe.

Die hiesige Firma M. Centawer, Schmiedestraße 7-10, hatte den von der Funktunde her bekannten Märchenonkel Friedrich Reinde beauftragt, am Mittwoch, den 8. Juni, auf der Liebigshöhe sein Kasperle-Theater aufzuschlagen, um einer großen Anzahl von Kindern, die von der genannten Firma hierzu freierhalten hatten, eine frohe Stunde zu bereiten.

Die Vorstellungen fanden unter einer regenloseren geräumigen Kolonade statt. Da Onkel Reinde zwei grandios-schöne und zum Lachen traurige Stücke vorführte, nämlich: 1. „Das Krokobil an der Angel“ oder „Kasper und der unglückliche Fischer“ und 2. „Kasperle auf dem Polizeibüro“ oder „Die gestohlene Uhr“, kamen die kleinen Zuhörer, die teilweise mit ihren Angehörigen gekommen waren, gar bald in frohe Stimmung und quetschten förmlich vor Vergnügen. Es war ja auch so späßig, die Hauptpersonen des ersten Stückes: Kasperle und Pampel und die zweiten: Fendig, Kammerbeamter, und Süssel, Polizeidiener, und wiederum Kasperle, in ihren urkomischen Bewegungen und ulkigen Gesprächen auf der Kasperle Bühne zu bewundern. Es wirkte zudem auch auf die Erwachsenen ungemein wohlthuend, wenn Kinder sich so unbesorgen freuen und mit diesem Frohsinn lagerten anstehend auf die Großen wirkten. Wohl den Kindern, die in diesen betrüblichen Zeitsäulen noch so herzlich zu lachen vermögen. Jedenfalls hat Onkel Reinde die Kleinen voll und befriedigt und es ist erfreulich, daß die Firma Centawer diese Kinderunterhaltungen wiederholen lassen will. Außer dem Genuß des Kasperle-Theaters durften die Kinder allesamt der Liebigshöhe „aufs Dach steigen“, um sich von oben des herrlichen Rundblicks zu erfreuen. Zufällig war das Wetter in der ersten Nachmittagsstunde einigermaßen klar, so daß auch der Jodien zu sehen war.

## Wohin am Sonntag?

An der Oder entlang bis zur Weistritzmündung.

Pfingsten ist vorüber und hat starke Anforderungen an unseren Geldbeutel gestellt. Wir wollen daher versuchen, auch ohne Geld eiliche Jahre an genügende Stunden draußen in der Natur zu erleben. Wir wandern vom „Rechten Heller“ aus durch den Bebelpark und können am frühen Morgen dem ungeliebten Konzert der gestörten Sänger lauschen. Durch den Park kommen wir an die Straße, die uns nach Wilsnig führt. Hinter der Lohebrücke macht die Straße einen Bogen nach links und wir gelangen bald an das Ende des Dorfes. Hier biegt rechts ein Feldweg ab, der am Friedhof vorbei nach Klein-Maschwitz führt, dem bekannten Ausflugsort der Breslauer; zahlreich sind hier die Gaststätten, doch wir wandern vorbei, froh in dem Gefühl, ein anderes Ziel zu haben. Durch den Gutshof führt die Straße, bis wir an eine alte verfallene Brennerei kommen, auf deren Schornstein schon seit Jahren ein Storchennest sitzt. Haben wir Glück, so können wir es beim Futter-einholen beobachten. Wir verlassen nun die Straße und biegen in den Damm ein, der sich an der Oder entlang zieht. Wie ein glühendes Band sehen wir den Strom dahin fließen, auf seinem Rücken tummeln sich heut Falt- und Ruderboote, neben den schweren Rastkähnen und Schleppdampfern. Zur Linken ziehen sich fruchtbare Wiesen und Felder hin, während sich am rechten Ufer ausgedehnte Wälder hinziehen. Bald sehen wir die weißen Häuschen von Sandberg auftauchen, wohin auch ein Weg am Waldrande entlang führt. Wir wenden uns rechts und gehen hinunter zur Oder. Ein schmaler Fußweg bringt uns bald zur Weistritzmündung. Hier herrscht an schönen Sommertagen reger Betrieb, jung und alt tummelt sich im Sande und im Wasser; Wandergruppen haben ihre Zelte aufgeschlagen, Dampfer und Motorboote bringen immer neue Gäste, die jedoch von hier aus meist ihre Wanderung nach der „Wanderschänke“ antreten. Die Wanderung dauert vom „Rechten Heller“ bis zur Weistritzmündung nur zwei Stunden, und wer daher Lust hat, kann die Wanderung noch bis über die Weistritz ausdehnen. Eine Brücke führt eine Viertelstunde entfernt von der Mündung über die Weistritz, und wenn man rechts den Damm abbiegt, gelangt man bald bis zum Vorwerk Johannesberg. Wer durchaus die Bahn zur Heimfahrt benutzen will, der wandert auf dem Damm diesseits der Weistritz weiter, und kommt nach einer halben Stunde nach Herrnproß. Hier fahren die Züge 19,57 und 20,18 ab, der Fahrpreis beträgt 50 Pfennig. Doch wir wollen ja heute kein Geld ausgeben und wandern wieder zu Fuß zurück. Zur Abwechslung benutzen wir diesmal den Fußpfad an der Oder weiter und kommen erst kurz vor Maschwitz wieder auf den Damm. Wer die Straße über Wilsnig und Maschwitz vermeiden will oder von Oswitz näher nach Hause hat, der kann auch hier übersehen und auf der anderen Seite der Oder entlang wandern. Und nun den Rucksack gepackt und losgewandert, unabhängig von Fahrplan, Geldbeutel und Gasthaus. „Berg frei!“ zur frohen Fahrt!

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Breslau. Wanderausflugsstelle: Gewerkschaftshaus. Jeden Donnerstag von 7-8 Uhr im Restaurant.

## Recht muß Recht bleiben!

Ein Heimarbeiter klagte gestern vor dem Gewerbegericht auf 7 Mark Lohn für die Anfertigung von 8 Hosen. Seiner Prozeßgegner, ein Kleiderhändler, will ihm diesen nicht abgeben; sondern nur 1,50 Mark abgeben, da die Hosen verpfuscht gewesen seien und abgeändert hätten werden müssen. Ueber diese 1,50 Mark aber war zwischen den Streitenden keine Einigung zu erzielen, auch nicht, als Vorsitzender und Beisitzer die beiden grundsätzlichen Streitpunkte auf die unerschwinglich hohen Kosten verwiesen, die durch die zur Feststellung, ob die Hosen tatsächlich schlecht gearbeitet waren, notwendige Zeugenvernehmung entstehen würden, auch nicht, als der von dem Kleiderhändler hierfür zu erlegenden Kostenvorschuß auf 10 Mark festgelegt wurde. „Bezahl' ich“, sagte er trotzig im Vollgefühl seines „Rechts“, und der klagende Schneider, ebenso von seinem Recht erfüllt, ebenso trotzig lehnte es ab, einen angeregten Vergleich auf — 6 Mark zu schließen. Recht muß Recht bleiben — auch wenn Vernunft zum Unfinn wird.

## Der Kampf um das Adelsprädikat.

Roman Prot von Kadiowitsch dürfte unseren Lesern noch aus einem großen Betrugsprozeß vor dem Großen Schöffengericht bekannt sein. Unter der richtigen Voraussetzung, daß ein hochfliegender Titel überall seinen Einfluß ausübt, war es ihm gelungen, Geldgeschäfte mit den angesehensten Persönlichkeiten abzuschließen. Unter den damals geladenen 55 Zeugen, die in entscheidender Verhandlung vernommen wurden, befanden sich nicht nur angelegene Geschäftsleute aus Berlin, Hamburg und der Provinz Schlesien, sondern auch ein englischer Attache. Auch war der schlesische Adel in dem Prozeß vertreten. Kadiowitsch, der sieben Sprachen spricht, konnte eine große Reihe von Betrügereien, die zur Zeitge ständen, folgerichtig widerlegen, so daß bei einer Reihe von Fällen die wesentlichen Merkmale des Betruges fehlten, und er nur in wenigen Fällen zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt wurde, die durch die Untersuchungschaft für verbüßt galten, so daß er sofort aus der Haft entlassen wurde. In dieser Verhandlung wurde vom Gericht angeordnet, daß er ein Recht habe, den Adelstitel zu führen. Er ist in Warschau geboren und die angestellten Ermittlungen haben nun ergeben, daß er nicht berechtigt ist, den deutschen Adelstitel zu führen, denn der Titel „von“ ist ein Adelsprädikat für Preußen und dieses ist weder seiner Familie, noch ihm selbst durch einen „königlichen Gnadenakt“ oder durch das Heroldsamt verliehen worden. Kadiowitsch, der verzweifelt um dieses Adelsprädikat kämpft, wurde wegen Verlegung eines falschen Namens vom Kleinen Schöffengericht zu einer Woche Haft verurteilt. Die Strafe ist durch eine früher erlittene Untersuchungshaft verbüßt. Aber auch Prot bleibt er nicht, denn seine Eltern hatten ihm den Namen Protos gegeben. Diesen hat er in Prot umgewandelt, der ihm offenbar besser gefiel.

## Führung, Radfahrer!

Von den Kinderfreunden, Positiven, Samaritanern und non der 8. Männer-Abteilung fehlen noch die Festbeiträge für Prag. Wer noch mitfahren will, muß bis heute, abends 8 Uhr, pro Person 3,30 Mark bei W. Friedrich, Wiltenbruchstraße 21, einzahlen. Am 7. Juni geht das Geld nach Leipzig ab.

## Der unorganisierte Hiesener

Kfm. zählt zwar keine Verbandsbeiträge, aber er kennt seinen — allgemeinverbindlich erklärten — Tarif und ist daher mit der Bezahlung seiner Firma nicht einverstanden. Das von ihm gezeigte Plattenformat steht im Tarif nicht verzeichnet. Deshalb habe er Stundenlohn zu erhalten. Die Firma aber rechnete die tariflichen, auf bestimmte Plattenformate angewandten, Abtarife um und brachte die auf diese Weise vor sich bestimmten Sätze an Kfm. zur Auszahlung. Ihr Vertreter versteht nicht recht, warum das nicht zulässig sein soll, versteht es auch nicht, als er vom Vorstehen auf die Klausel des Tarifs aufmerksam gemacht wird, die für solche Fälle den Beschäftigten eine besondere unrichtige Kommission vorschreibt, der hier nicht zugehört. Nach einigem Hin und Her kommt schließlich ein Vergleich auf Zahlung von 20 Mark zustande — 59,65 Mark waren erfragt. Kfm.







# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Russen drücken sich.

Ueber die Aussprache zwischen den Arbeitern der russischen Delegierten, die in Genf bei Albert Thomas stattfand, teilt der Sekretär des IGB, Dubogues, im "Kotterdamer Nachrichten" nach folgendes mit: „Es wurde u. a. auch über die Einheit in der Gewerkschaftsbewegung gesprochen und der russische Delegierte Lepse hat nicht weniger als dreimal die Versicherung gegeben, daß er ihm (Dubogues) Gelegenheit zu einer Aussprache über die Einheitsfrage zwischen den Russen und einigen Vertretern des IGB geben werde. Obwohl Lepse nachher verschiedentlich an diese Zusage erinnert wurde, hat diese Beprechung nicht stattgefunden. Die russische Delegation hat in ihrem Versteher mit den Kapitalisten auch außerhalb des Konferenzsaales nachher anscheinend so viel zu tun gehabt, daß für die Kameraden vom IGB keine Zeit mehr übrig blieb.“

Die dargebotene Hand ist abermals zurückgewiesen worden. Die Parole der Einheitsfront ist also nichts anderes als ein taktischer Zug von russischer Seite, um die Masse der Arbeiter von ihren Führern zu trennen. Dies ist auch Timmen und anderen Einheitsfrontleuten genau so bekannt wie dem Vorstand des IGB. Wahrscheinlich haben die Russen nur darum mit Vertretern des IGB zu speisen gewünscht, weil sie eine Weigerung erwarteten, um dann die mangelnde Bereitwilligkeit des IGB feststellen zu können. Sie werden jetzt wohl begreifen haben, daß die Vertreter des IGB auf eine derartige Falle nicht hereinfielen.“

## Die Internationale Arbeitskonferenz

hat am Mittwoch mit 82 gegen 28 Stimmen den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses über die Herstellung von amtlichen Texten der Konventionen und Vorschläge der Arbeitskonferenz durch das Internationale Arbeitsamt auch in anderen als den beiden offiziellen Sprachen angenommen und den englischen Text, welcher in einer etwas anderen Fassung den Wert dieser Uebersetzungen herabminderte, mit 58 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

## Kongress der französischen Bergarbeiter.

Paris, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter-Gewerkschaft Nordfrankreichs trat am Mittwoch in Lille zu einem Kongress zusammen. Etwa 50 000 organisierte Arbeiter waren durch mehrere hundert Delegierte vertreten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der an die schon seit längerer Zeit von der Regierung versprochene Verbesserung des Knappschaffgesetzes erinnert wird.

## Die Beamteninternationale in Den Haag.

Vom 25. bis 27. April hat das Büro (Vorstand) der I.M., Internationale Vereinigung von Beamten, Angestellten und Lehrern, eine besonders wichtige Sitzung in Den Haag veranstaltet. Besonders bedeutsam, vor allem wegen der zur Förderung gestellten Frage des Anschlusses der I.M. an den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam), sowie wegen der unbegünstigten Feststellung des Programms für den zweiten, zum September 1927 nach Nürnberg einberufenen Kongress der I.M. In Verbindung mit der Frage des Anschlusses an den IGB wurde die Lehrfrage erörtert. Die Frage der internationalen Organisation der Lehrerschaft hat für die I.M. besondere Bedeutung, weil der Föderation Nationale des Syndicats de Fonctionnaires (Laurent) rund 80 000 Lehrer angehören, deren Anschluß an das für den internationalen Zusammenschluß der Lehrerschaft vom IGB geschaffene Internationale Sekretariat für die französische Organisation und zwangsläufig auch für den IGB. organisatorische Auswirkungen haben würde. Zur Klärung dieses Fragenkomplexes war eine Sitzung des Büros der I.M. mit dem Büro des IGB in Amsterdam zum 26. April vereinbart. Die Aussprache ergab einen vollen Erfolg für die I.M. Am IGB wird es liegen, durch vorläufige Föhrung die internationale Beamtenbewegung einen kräftigen Schritt vorwärts zu bringen.

Die nächste Sitzung des Vollzugsausschusses ist auf den 16. September 1927 in Nürnberg anberaumt worden.

## Ser mit dem Ahtstundentag!

„Für die Arbeiter an den Stahl- und Martinsöfen, sowie in den Walzwerken wird der Reichsarbeitsminister baldigst auf dem Verordnungsweg (für diese Arbeiterkategorien hat der Herr Arbeitsminister das Verordnungsrecht) den Ahtstundentag vorschreiben müssen.“ So schrieb der Führer der christlichen Gewerkschaften, Herr Siegelwald, nach dem Abbruch der Kämpfe um das Arbeitszeitgesetz am 12. April. Unterhalb Monate sind vergangen, ohne daß das Reichsarbeitsministerium eine solche Verordnung erlassen hat. Die Arbeiter sind in der Lage, sich selbst zu helfen. Die bei der Verabschiedung dieses Gesetzes im Regierungsbund zutage getretenen Differenzen lassen eine schnelle und befriedigende Erledigung des allgemeinen Arbeiterschutzes nicht erhoffen. Die Verkürzung der Arbeitszeit der Hüttenarbeiter ist aber um so dringlicher, als inzwischen auch in Polnisch-Oberschlesien die dreigeteilte Schicht teilweise eingeführt wurde und Deutschland das einzige Land der Welt ist, das den Stahl- und Walzwerkarbeitern den sanitären Ahtstundentag weiterhin vorenthält. Die Konferenz begrüßt den Entschluß des Arbeitsausschusses des Reichswirtschaftsrates, eine schnelle Prüfung der Schutzbedürftigkeit der Stahl- und Walzwerkarbeiter vorzunehmen.

Die eisenhaltende Industrie ist zu einer vorbildlichen Arbeitszeitregelung nicht nur in der Lage, sondern infolge der weitgehenden durchgeführten Rationalisierung und der damit verbundenen starken Produktionssteigerung auch verpflichtet. Jede Rationalisierung ohne sozial günstige und sozialverträgliche Wirkung für die Arbeiter ist eine Halbheit und muß in absehbarer Zeit zur erneuten und verstärkten Wirtschaftskrise führen. Vom Reichsarbeitsminister erwartet die Konferenz den baldigen Erlass einer entsprechenden Verordnung und das um so mehr, als nach einer Feststellung des Internationalen Metallarbeiterbundes die Höfen- und Walzwerkarbeiter Englands jede Woche Anspruch auf eine ununterbrochene Ruhezeit von 24 Stunden und damit die reine 48-Stundenwoche haben und in Frankreich eine Verordnung gleichen Inhalts in Vorbereitung ist. Diese hochbedeutsamen sozialen Errungenschaften sind gefährdet, wenn Deutschland noch länger an der kulturverwundenden 12-Stundenschicht für die eisenhaltende Industrie festhält. Die

Konferenz betrachtet es als selbstverständlich, daß beim Uebergang zu der dreigeteilten Schicht der gleiche Lohn wie bisher gezahlt wird. Durch die achtstündige Arbeitszeit darf eine Verdienstminderung für den betreffenden Arbeiter nicht stattfinden.“

Die Einführung des Ahtstundentages für die Hütten- und Walzwerkarbeiter ist finanziell möglich und aus gesundheitslichen Gründen unerlässlich. Der Stabellenpreis betrug, wie der Bezirksleiter des I.M., Wolf, Essen, auf der Konferenz feststellte, bei einer geringeren Leistung der Werke 98,50 Mark pro Tonne. Heute werden im Handel 180 Mark erzielt. Die Hüttenwerke stecken außerdem auch den Handelsumschlag ein, da sie im In- und Ausland ihre eigenen Handelsgesellschaften haben. Mit der Befreiung der dreigeteilten Schicht ist die Unfallziffer auf 1 744 000 gestiegen. Bei 214 194 Unfällen einer Bergbauergesellschaft entfielen 162 147 auf die Hüttenarbeiter. Diese Zustände verlangen gebieterisch Abhilfe! Das Reichsarbeitsministerium hatte am Sonntag „keine Zeit“, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Kol und das Glend der Hüttenarbeiter scheint den Herrschaften völlig gleichgültig zu sein!

## Ein Hohn auf den gesunden Menschenverstand.

Wie die Arbeiterkühbestimmungen zum Beispiel gemacht werden, dafür liefert folgender Vorgang einen drastischen Beweis: Am 7. März dieses Jahres geriet, wie uns aus Düsseldorf gemeldet wird, die Arbeiterin Broichs in der Papierfabrik Hermes zwischen die Zahnräder einer Papierzerreißmaschine und wurde dabei buchstäblich in Stücke gerissen. Ihre Verdringung wurde, da bekannt geworden war, daß das Unglück infolge Fehlens aller Schutzvorrichtungen passiert war, zu einer großen Demonstration der organisierten Arbeiterkraft für Arbeiterküh. Der Meister der Abteilung und der Betriebsleiter mußten sich wegen Fahrlässigkeit vor Gericht verantworten. Sowohl der Sachverständige der Papiermacher-Berufsgenossenschaft wie der behördliche Gewerberat befanden in ihrem Gutachten, daß jede Schutzvorrichtung an der Maschine gefehlt hat und beide Angeklagte wesentlich die Schuld an dem Tode der Arbeiterin treffen. Das Gericht sprach beide Angeklagte frei, obwohl der Staatsanwalt gegen den Meister vier Monate und gegen den Betriebsleiter zwei Monate Gefängnis beantragt hatte.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß zwischen der Fahrlässigkeit der Angeklagten und dem Tod der Arbeiterin kein prozessualer Zusammenhang bestehe; denn es sei anzunehmen, daß die verunglückte Arbeiterin, selbst wenn eine Schutzkappe an der Maschine angebracht gewesen wäre, in ihrem Ueberreifer unter der Schutzvorrichtung durchgefallen sein würde, um an die Maschine zu kommen.

Diese Urteilsbegründung ist ein Hohn auf jedes Rechtsempfinden und den gesunden Menschenverstand. Was sagt der Reichsarbeitsminister zu einer derartig aufreißenden Mißachtung des Arbeiterschutzes durch ein deutsches Gericht?

# Wirtschaft.

## Wirtschaftsbesserung im beschleunigten Tempo.

Angesichts des leidenschaftlich geführten Streites um den Stand der Wirtschaft verdient die Wirtschaftsprognose, die das Konjunkturforschungsinstitut in seinem am Freitag veröffentlichten neuen Heft mitteilt, besonderes Interesse. Das Institut geht von den „drei Märkten“ aus und stellt für den Warenmarkt eine Ausdehnung fest, während der Effektenmarkt einen Rückschlag erlitten hat und der Geldmarkt äußerst angespannt ist. Auf Grund dieser Entwicklung schließt das Konjunkturforschungsinstitut, daß sich die Wirtschaft im Abschnitt eines Aufschwunges befindet und im Begriff ist, „in die Hochspannung hineinzugehen“. Der Umschwung an der Börse kann nicht als Signal eines Rückganges im sonstigen Geschäftsleben gewertet werden. Vielmehr sieht das Konjunkturforschungsinstitut im Bereich der Produktion und des Warenverkehrs. Während im vorletzten Bericht des Konjunkturforschungsinstituts nur „von einem zögernd fortschreitenden Aufschwung und Aufwärtsbewegung der Wirtschaft gesprochen wurde, wird jetzt festgestellt, daß sich die Bewegung im beschleunigten Tempo fortsetzt“. Die Führung, die ungefähr bis Februar 1927 bei den Produktionsmittelindustrien lag, ist an die Konsumindustrie übergegangen.

Der vom preussischen Handelsministerium auf Grund der Handels-, Handels- und Gewerbestatistiken festgestellte Aufschwung weist auf eine Besserung des Arbeitsmarktes hin, die zum Teil in der starken Belebung des Baumarktes, zum Teil auch in der weiter langsamen günstigen Entwicklung von Teilen der deutschen Industrie zum Ausdruck kommt. Zu der Entwicklung an der Börse wird festgestellt, daß sich der Einfluß auf die Gesamtentwicklung der deutschen Wirtschaft noch nicht endgültig überlassen läßt. (Demgegenüber bestreitet das Konjunkturforschungsinstitut jede ungünstige Auswirkung. Red.) Hinsichtlich des Verbrauches heißt es, daß Produktion und Absatz durch die immer stärker einsetzenden Wettbewerbsmaßnahmen der englischen Kohlenindustrie, die ihre alten Absatzmärkte nach Beendigung des großen Streiks mit allen Mitteln wieder erobern will, ungünstig beeinflusst werden. Sehr von dem Unternehmerstandpunkt beeinflusst erscheint uns die Meinung des Ministeriums hinsichtlich der eisenhaltenden und eisenverarbeitenden Industrie. Während hier in Wirklichkeit Hochkonjunktur herrscht, wird in dem preussischen Bericht nur gesagt, „daß die Absatzverhältnisse günstig beurteilt werden.“

## Neue Branntweinsubventionen.

Das Branntweinmonopol hat seinen Verkaufspreis für Trintbranntwein von 4,30 Mark pro Liter auf 5 Mark heraufgesetzt; gleichzeitig wurde die Ablieferung an das Reich, die bisher pro Liter 2,80 Mark betrug, auf 3,50 Mark erhöht. Auch die Preise für Branntwein, der zur Herstellung von Parfümen und Arzneimitteln dient, wurden gesteigert. Der Reichsfinanzminister scheint auch zugestimmt zu haben, daß die geplante Erhöhung der Steuer auf 3,80 Mark unterbleiben und der Satz von 3,30 Prozent in das Gesetz über die Reform des Branntweinmonopols aufgenommen werden soll.

Diese Tatsache ist von Bedeutung, da durch sie ein Ausgleich für die Senkung der Zuckerteuer besteht in dem ursprünglich vorgesehenen Ausmaß von 6 Pfennigen pro Kilogramm Zucker nicht möglich sein wird. Die Maßnahmen des Reiches sind der jetzt beschlossenen Erhöhung der Branntweinsteuer werden sich nämlich auf höchstens 30 Millionen Mark belaufen. Die Senkung der Zuckerteuer würde aber einen Ausfall von 70 Millionen Mark mit sich bringen. Immerhin ist es interessant, daß der Reichsfinanzminister trotz der so oft behaupteten angespannten Finanzlage glaubt, auf eine Einnahme von 30 Millionen Mark verzichten zu können — um der schönen Augen seines Kollegen Schiele und der Deutschen Nationalen willen.

Der oben erwähnte Beschluß des Reichs tags setzt das geplante Branntweinmonopol nicht nur in den Besitz von etwa 30 Mil-

## Der neue Mantellarvertrag für die Schließliche Textilindustrie.

Die in unserem Blatt bereits erfolgte Uebergabe des Mantellarvertrages für die Textilindustrie Schließens enthält einige Unklarheiten, weshalb wir den neuen Vertrag noch einmal hier wiedergeben:

Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in den zum Bereiche des Verbandes Schließlicher Textilindustrieller E. V. gehörenden Betrieben wurde ein neuer Abbruch zwischen den Textilunternehmern und den Schließlichen Textilarbeitnehmer-Organisationen getätigt.

In freier Verhandlung wurde festgelegt: Die Ferien und Ferienvergütung; ferner der Stichtag für die Berechnung der Ferien mit folgendem Wortlaut:

„Der vor dem 1. Mai liegende Werttag gilt für die Fälligkeit des Ferienanspruchs und für die Berechnung der Beschäftigungsdauer als Stichtag.“

Die Kündigungsfrist für die Einzelarbeitsverträge wurde für das ganze Gebiet auf sieben Tage festgelegt. (Bisher waren die Kündigungsfristen verschieden, täglich, wöchentlich, 14tägig.)

Die Regelung der Arbeitszeit ist durch ein besonderes Abkommen zwischen den Vertragsparteien vereinbart. Demnach beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen 48 Stunden. Wo die wirtschaftliche Lage es erfordert, kann auf Anordnung des Arbeitgebers im Betrieben mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit bis auf 58 Stunden pro Woche verlängert werden. Darüber hinaus kann nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiter länger gearbeitet werden. Die in der 48. bis 51. Stunde geleistete Arbeit ist mit einem Zuschlag von 20 Prozent berechnet bei Teilzeitarbeitern vom tariflichen Zeitstundenlohn, berechnet bei Vollzeitarbeitern vom tariflichen Arbeitslohn, zu vergüten. Die von der 52. Stunde ab geleistete Arbeit ist mit einem Zuschlag von 25 Prozent für jede Arbeitsstunde zu vergüten. Bei Schichtwechsel wird pro Arbeitsstunde von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh ein Zuschlag von 10 Prozent gezahlt. Für Betriebe, in denen zurzeit bereits ein höherer Zuschlag gezahlt wird, verbleibt es bei diesen Zuschlägen. Für Sonntags- und Feiertagsarbeit sowie für Nachtarbeit in Betrieben, die ohne Mehrschichten arbeiten, wird ein Zuschlag von 50 Prozent pro Arbeitsstunde gezahlt.

Die Parteien vereinbaren, die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit dieses Vertrages zu beantragen.

Gehaltserhöhung für die polnischen Staatsbeamten. Ab 1. Juli sollen die Gehälter der polnischen Staatsbeamten um 8 Prozent und am 1. September um weitere 7 Prozent erhöht werden. Da den Beamten bereits im Dezember vorigen Jahres eine zehnprozentige Erhöhung ihrer Bezüge bewilligt wurde, so wird die Gehaltserhöhung bis zum 1. September 1927 insgesamt 25 Prozent ausmachen.

tionen Markt, die bei einer anderen Regelung an das Reich abzuführen wären, sondern es verschafft ihm auch noch eine Einnahme von ungefähr 12 Millionen Mark. Diese ganz beträchtlichen Summen werden dem Monopol dazu dienen, seine allgemeine Verlustwirtschaft auszugleichen. Schon die letzte Bilanz des Branntweinmonopols zeigt nur einen fiktiven Reingewinn, der die tatsächlich eingetretenen Verluste verbirgt. Man verschleierte den Verlust dadurch, daß man den auf Lager genommenen Spiritus entgegen allen gesunden kaufmännischen Bilanzierungsgepflogenheiten mit einem höheren Preis in Rechnung stellt als bei der vorigen Bilanz. So wurde tatsächlich am Bilanzstichtag des 30. September 1926 eine geringere Menge von Branntwein höher bewertet, als die weit größere Menge von Branntwein am 30. September 1925, ohne daß sich in der Preispolitik des Monopols in der Zeit zwischen den beiden angegebenen Bilanzstichtagen etwas geändert hätte.

Ein solche „Berichtigung“ der tatsächlich eingetretenen Verluste ist natürlich nur bis zu einer gewissen Grenze möglich. Die ganze Politik des Branntweinmonopols wäre höchstwahrscheinlich auch schon zusammengebrochen, wenn der Reichsfinanzminister jetzt nicht die oben angeführte Preiserhöhung erlaubt hätte, die neue 12 Millionen Mark jährlich zur Deckung der Verluste zur Verfügung stellt. Keugierig darf man allerdings sein, wie lange diese 12 Millionen Reichsmark reichen werden. Angeblich ist geplant, im nächsten Jahre den landwirtschaftlichen Brennereien ein 100prozentiges Brennrecht einzuräumen, während das Brennrecht in diesem Jahre nur 85 Prozent beträgt. Das Monopol wird also im nächsten Jahre wieder einmal nicht wissen, wo es mit seinen Branntweinreserven hin soll. Es wird so gewagungen sein, neue Verluste zugunsten der landwirtschaftlichen Brennereien auf sich zu nehmen. Wahrscheinlich verläßt man sich darauf, daß das Reichsfinanzministerium dann wieder die Preisse erhöht.

Es handelt sich hier um die Frage einer Ueberproduktion von Kartoffelspirit. An dieser Ueberproduktion profitieren die ostelbischen Agrarier. Den Profit bezahlen aber das Reich und die Allgemeinheit.

## Gefrierfleisch 40 Mark!

Ueber den Plan der Regierung, den Einfuhrzoll für Gefrierfleisch zu steigern und darüber hinaus die Einfuhr von Gefrierfleisch mit einem Zoll zu belegen, äußert der „Soz. Presseklub“, daß sich das Reichsfinanzministerium durchweg den Wünschen der Landwirtschaft angepaßt hat. Wie es heißt, soll sich der Reichstagsausschuß nicht mehr vor Ablauf der Pfingstferien mit der Gefrierfleischfrage befassen. Da der Reichstag seine Ferien am 13. Juni beenden wird, darf man annehmen, daß die Regierung erst in der zweiten Hälfte des Juni mit dem Entwurf an den Reichstag herantritt.

Ueber die Höhe des geplanten Gefrierfleischzolls bewahren das Reichsfinanzministerium und die agrarische Organisation größtes Stillschweigen. Das ist sicher ein Zeichen dafür, daß der Zoll höher ausfallen wird, als man allgemein denkt. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ will wissen, daß die Agrarier ursprünglich den unerhöht hohen Zoll von 45 Mark pro Doppelzentner verlangt haben. Die Interessenten sollen sich dann mit der Regierung auf einen Satz von 40 Mark geeinigt haben. Gelingt es den Agrariern und der Regierung, diesen Zoll durchzusetzen, so würde das eine Verdoppelung des Gefrierfleischpreises bedeuten, da die Gefrierfleischpreise in den letzten Monaten sehr niedrig lagen. Sie zeigen aber in der letzten Zeit deutliche Neigung, stark anzuziehen.

Der dänische Außenhandel zeigt, wie uns aus Kopenhagen gemeldet wird, für den Monat April einen Einfuhrüberschuß von 23,2 Millionen Kronen bei einer Einfuhr von 129,7 Millionen und bei einer Ausfuhr von 106,5 Millionen Kronen. Im April 1926 wies der dänische Außenhandel einen Ausfuhrüberschuß von 6,8 Millionen Kronen auf. Für die ersten vier Monate des Jahres 1927 ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von 76,2 Millionen Kronen gegenüber 53,1 Millionen Kronen in den ersten vier Monaten des Vorjahres.

## Wasserstand

	9. Juni.		
Radde	1,50	Kanzen (Unter-Deich)	2,50
Reise (Stadt) vom 8. d.	0,25	Dachau	2,50
Reise (Stadt) vom 8. d.	2,10	Schlusmenge (Schiffahrt)	2,50
Reise (Stadt) vom 8. d.	2,50	Gärbenberg vom 8. d.	2,50
Reise (Stadt) vom 8. d.	2,50	Balken vom 8. d.	2,50

# »Gürtelpanzer«

# Der neueste DUNLOP Stahlseil-Ballen-Reifen



